

Die Zeit – Wirtschaft : Machiavelli für Gas und Öl

Die Zeit, Hamburg, Germany
Die Zeit, Hamburg, Germany

DIE ZEIT

Machiavelli für Gas und Öl

Der Ölpreis steigt zum ersten Mal auf mehr als 100 Dollar und Europa findet sich in der Hand der großen Energieproduzenten wieder. Die wissen genau, wie man mit Ressourcen Interessenpolitik betreibt

Von Michael Thumann

Was ist bloß aus der Macht der Konsumenten geworden? Im Jahr 1998 kostete ein Fass Öl auf den Weltmärkten kaum mehr als zehn Dollar, zum Jahresbeginn 2008 kostete dasselbe Fass schon mehr als hundert Dollar, und Fachleute des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung rechnen damit, dass der Preis bis 2015 auf mehr als zweihundert Dollar steigen könnte.

Vor zehn Jahren waren die Importeure von Öl und Gas wohlhabende Industrieländer, die in Zeiten billigen Öls dünnhäutig auf jene Exportländer herabsahen, welche nur den bloßen Rohstoff auf die Märkte zu bringen vermochten. Heute hofieren die Industrienationen die Energiemächte, um Vorzugslieferungen, Exklusivpipelines und Bohrkonzessionen zu erheischen. Die Großen machen sich klein, um den Tropfen mehr Öl zu erhalten als der Konkurrent von nebenan. So hat sich die Macht in der Welt verkehrt.

Für die europäischen Staaten sind das schlechte Nachrichten. Die Rohstoffvorräte Großbritanniens und der Niederlande in der Nordsee sind bald ausgeschöpft. Die Deutschen haben ohnehin kaum Öl und wollen mittelfristig ihre teuren Kohlegruben schließen. Um der Unabhängigkeit willen setzt Frankreich auf Kernkraft, doch in Deutschland ist diese Art der Energieerzeugung zu umstritten, als dass sie ein Ausweg wäre. Europa muss seine Energie zunehmend importieren, vor allem aus Russland und dem Mittleren Osten. Die EU konkurriert dabei mit den aufstrebenden Gesellschaften Asiens, allen voran China und Indien. Der Alte Kontinent gerät da allmählich in Abhängigkeit von Staaten und Regierungen, von denen man besser nicht abhängig wäre.

Um Europas heikle Lage zu begreifen, muss man sich die Lieferländer und ihre Strategien genauer ansehen. Denn Verknappung und Markthysterie erklären noch nicht die Macht, die Öl und Gas heute verleihen. Wie hebeln Rohstoffstaaten den Weltmarkt aus? Wie halten sie die Preise hoch? Wie drängen sie die Verbraucher in die Abhängigkeit? Vor allem beim Gas, das in festen Rohrleitungen transportiert wird oder nur für viel Geld verflüssigt werden kann, lässt sich der Einsatz von Energie als Machtwährung gut zeigen. Der Erdgasproduzent bildet ein Monopol, erst national, dann international. Er baut Pipelines, und zwar möglichst viele. Er nimmt Lobbyisten in den Abnehmerländern unter Vertrag. Diese drei Maximen sind die Grundlage der Energiemacht.

Hugo Chávez besetzt die Spitze des nationalen Ölkonzerns mit Gefolgsleuten

In Russland lässt sich beispielhaft studieren, wie Macht durch Eingriff von oben gebündelt wird. In den neunziger Jahren hatte das Land eine Vielfalt von Ölproduzenten. Und beim Gas verkaufte der russische Staat ausländischen Konzernen Förderkonzessionen, um neben dem russischen Produzenten Gasprom ein wenig Abwechslung zu schaffen. Bis Wladimir Putin kam. Der neue Präsident machte es sich Anfang 2000 zur Aufgabe, den Staat zu »stärken« – indem er die Demokratie begrub, die wichtigen Konzerne des Landes bündelte und unter die Kontrolle des Kremls brachte. »Zuvor wurde Gasprom im Interesse der Manager und der wichtigen Aktionäre geleitet«, sagt Stepan Daschewskij, ein Moskauer Energieexperte, »heute wird es im Interesse der Regierung geführt.« Putin funktionierte Gasprom um in ein Instrument russischer Staatsmacht nach innen und außen. Gasproms Konkurrenten wurden vom Markt gedrängt, andere Konzerne unter das Dach des Energieriesen gezwungen, Pipelines und Produktion gebündelt – getreu dem ersten Gebot des russischen Energiemarktes: »Ich bin der Herr, dein Gaslieferant. Du sollst keine anderen Gaslieferanten neben mir haben.«

Die Zeit – Wirtschaft : Machiavelli für Gas und Öl

Das Prinzip Gasprom freilich ist nicht neu. Viele Rohstoffländer haben sich von Kolonialstaaten und sogenannten Schutzmächten befreit, indem sie seit den sechziger Jahren ihre Ölgesellschaften verstaatlichten. Die größte Energiegesellschaft der Welt, Saudi-Aramco, wurde zwischen 1972 und 1980 von einem amerikanischen Konzern in einen saudischen Staatsbetrieb umgewandelt. Seither ist Aramco die wichtigste Einnahmequelle des Landes und das Symbol saudischer Macht. Ähnliches gilt für die fast gleich große National Iranian Oil Company. Sie übernahm auf den Fingerzeig des iranischen Schahs 1973 sämtliche Produktionsanlagen im Lande. Drittgrößter Ölkonzern der Welt ist der venezolanische Staatsbetrieb PDVSA. Präsident Hugo Chávez hat die Konzernspitze seit seiner Machtübernahme 1999 systematisch mit seinen Gefolgsleuten besetzt. Nun verfügt die PDVSA über alle Ressourcen im Land, sie darf nach der Verfassung nicht privatisiert werden. Ein neues Energiegesetz erlaubt ausländischen Firmen die Förderung von Öl und Gas nur als Trittbrettfahrer mit Minderheitsbeteiligung, PDVSA führt stets Regie.

Über diese Giganten in Staatshand können ambitionierte Staatslenker die Energieexporte zur politischen Waffe machen. Die erwünschte Monopolstellung aber erreichen Staatschefs wie Putin und Chávez erst mit dem Ausgreifen über die Landesgrenzen. Der venezolanische Petropopulist sucht nach Bundesgenossen in den Ländern, die seinen Feldzug gegen die USA unterstützen. Er verkauft Schürfrechte an russische und iranische Konzerne, und er wirbt in der Opec für den höchstmöglichen Preis. »Wir werden das Lakaienverhältnis zu den USA umkehren!«, rief er in einer seiner ausgedehnten Fernsehaudienzen.

Das wird sich auch Präsident Putin sagen, dessen Land nicht Mitglied der Opec ist, deren Drehen an der Preisschraube er aber stets mit Entzücken verfolgt. Die Opec ist jedoch nur für das Öl zuständig, was Putin nachdenken ließ. Seit zwei Jahren besucht er die großen Gaslieferländer Algerien, Iran, Qatar; in Moskau empfing er Hugo Chávez. Anfang dieses Jahres gab Putin, selbst Herr über die größten Gasreserven der Welt, seinen Rohstofftourneen mit Gasprom-Gefolge einen tieferen Sinn. »Ich finde die Idee einer Gas-Opec interessant«, sagte er und wiegelte sogleich ab: Niemand habe die Absicht, ein Kartell zu bauen.

Das ginge auch kaum, denn die regionalen Gasmärkte von Europa, Lateinamerika und Südostasien lassen sich nun einmal schlecht vernetzen. Man sollte also nicht »Gas-Opec« sagen, ein Begriff, mit dem Putin nur spielt, um die zerstrittenen Europäer einzuschüchtern. Es geht um nicht weniger als den russischen Wunsch, den Weltgasmarkt zu kontrollieren: Gasproms Investitionen in Algerien, technologische Gefälligkeiten in Qatar, Bestärkung des antiamerikanischen Furors von Hugo Chávez, gepaart mit russischer Energieberatung, der historische Besuch von Putin in Iran, derweil Russen bei der Erschließung neuer Gasfelder helfen – hinter alldem steht ein Ziel. Putin möchte überall auf dem Gasgloбус mitreden können, frühzeitig Einvernehmen über Preise und neue Pipelines herstellen und vor allem verhindern, dass die Exportländer in eine Konkurrenz zueinander treten, von der die Verbraucher profitieren könnten.

In Zentralasien lässt sich das Ergebnis dieser Strategie besichtigen. Die aufstrebenden Rohstoffländer Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan haben eine prächtige geografische Lage. Sie könnten aus der Mitte des Kontinents die Verbraucher in Ostasien, Indien und Europa gleichzeitig versorgen. Wen aber beliefern sie stattdessen? Russland, das Energieexportland. Betoniert durch Verträge der jüngsten Zeit, lenkt Russland den Großteil der Gasproduktion Zentralasiens über sein enormes Territorium. Im Verein mit Iran verhindert Moskau seit über einem Jahrzehnt, dass eine Pipeline durch das Kaspische Meer in Richtung Europa gebaut wird. Im vergangenen Mai landete Putin einen kaspischen Coup, als er mit den Präsidenten von Kasachstan und Turkmenistan vereinbarte, eine neue Großröhre nördlich des Kaspischen Meers nach Russland zu verlegen. China, Indien und Europa schauten da nur ohnmächtig zu. Gasprom und andere russische Konzerne kaufen den Zentralasiaten einen guten Teil ihrer Produktion ab, damit diese nicht mit anderen Verbrauchern direkt ins Geschäft kommen. Das macht Russland für sie.

Es reicht also nicht, Gas zu produzieren und zu verkaufen. Wer wirklich Macht ausüben möchte, muss die Kontrolle über die Gasrohre gewinnen. Genau aus diesem Grunde fordern die Europäische Energiecharta und die EU-Kommission, das Eigentum an Produktionsfeldern und Rohrleitungen zu trennen. Und aus demselben Grund lehnen viele Rohstoffländer es ab, diese Charta und ähnliche Konventionen des fairen Wettbewerbs zu ratifizieren. In dem Buch *Petrostaaten. Außenpolitik im Zeichen von Öl* beschreiben die Berliner Wissenschaftler Enno Harks und Friedemann Müller beispielhaft, wie Rohstoffländer alles tun, um sich nicht

von »multilateralem Regelwerk abhängig zu machen«. Die Herrschaft über die Gasrohre wollen sie nicht teilen. Hugo Chávez achtet genau darauf, dass sich an der 8.000 Kilometer langen Großpipeline von Venezuela in andere lateinamerikanische Länder keine »Agenten der USA« beteiligen. Iran zieht seine Rohre im Süden ums Kaspische Meer, damit der Westen seine Idee von der transkaspischen Pipeline nicht verwirklichen kann. Russland wollte Polen, Schweden und die baltischen Staaten nicht gleichberechtigt an der Ostseepipeline Nord Stream beteiligen, die Putin 2005 mit dem damaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder unter Dach und Fach brachte.

Die Vielzahl von Rohrleitungen, so argumentieren Gasprom–Vertreter, erhöhten die Vielfalt und würden die Energiesicherheit steigern. Das ist richtig, aber wenn die Pipelines den Produzenten gehören, verbessern sie vor allem dessen Sicherheit und nicht die der Verbraucher. Gasprom verlegt in Osteuropa derzeit viele neue Leitungen. Die Ostsee–Pipeline soll den existierenden Röhren durch die Ukraine und Polen ihre Bedeutung nehmen. Die Blue–Stream–Pipeline von Russland durch das Schwarze Meer in die Türkei würde, so hatte Gasprom versprochen, Anatolien zum Drehkreuz in Richtung Europa und Israel machen. Nun wollen die Russen eine neue Pipeline bauen, erneut durchs Schwarze Meer, an der Türkei vorbei nach Rumänien. Zugleich torpediert Moskau mit den multiplen Rohren ein Projekt der EU. Die Vielzahl an Pipelines soll also Vielfalt nur vortäuschen. Denn durch alle fließt das Gas eines Produzenten.

Möglich werden diese Projekte nur durch Hilfestellung aus den Verbraucherländern. Die Ostsee–Pipeline kommt, weil Putin vor fünf Jahren seinen Freund Gerhard Schröder dafür gewonnen hat. Hohe Beamte der Schröder–Regierung segneten vor dem Ende von RotGrün schnell noch eine 900–Millionen–Euro–Bürgschaft für das Projekt ab, welche Gasprom mehr aus kosmetischen Gründen ablehnte. Der Ex–Kanzler durfte dann nach der verlorenen Wahl 2005 Aufsichtsratsvorsitzender der Pipelinegesellschaft werden, an der die deutschen Konzerne E.on und BASF eine Minderheitsbeteiligung halten. Putin wusste: Gerhard Schröder ist zuverlässig.

Wenn es brenzlig wird, gehen die westlichen Energiekonzerne in Deckung

Dieses Prädikat erarbeiten sich derzeit auch andere Europäer. Die neue Pipeline durchs Schwarze Meer baut Gasprom mit der italienischen Firma Eni, auch nähert man sich der OMV aus Österreich an. Russland hat gar kein Interesse, mit der ganzen EU ins Geschäft zu kommen. Moskau arbeitet bilateral mit den europäischen Energiekonzernen zusammen, das reicht. Diese Konzerne wurden von den Regierungen ihrer Staaten zu nationalen Champions hochgepäppelt, vertreten aber nun als Privatkonzerne nicht mehr die nationalen Interessen des Landes und schon gar nicht das strategische Energiekonzept der EU–Kommission. Wenn sich mit Gasprom Geld verdienen lässt, folgen die neuen Privatmonopolisten naturgemäß ihren Geschäftsinteressen.

Die beiden großen deutschen Konzerne zum Beispiel sind längst eng mit Gasprom verflochten. E.on hält über sechs Prozent der Aktien von Gasprom und hat ein kommerzielles Interesse an dessen Wohlergehen. BASF betreibt sein Verteilernetz in Deutschland über eine gemeinsame Gesellschaft mit Gasprom. Die beiden Energieriesen teilen sich den Gasmarkt weitgehend auf. Ein echter Wettbewerb fällt aus – wie fast überall in der EU. Der Bürger darf am Ende die überhöhte Rechnung der Monopolisten zahlen.

Für alle Nebenwirkungen der grenzübergreifenden Verflechtung der Monopole fühlen sich die Konzerne nicht zuständig. Etwa für diese: Ressourcenstaaten nutzen ihre Rohstoffe, »um die Abhängigkeit ihrer Kunden zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu instrumentalisieren«, sagt Friedemann Müller. Wenn Chávez zum Energieboykott gegen die USA aufruft, wenn der Iraner Ahmadineschad die Opec zu Produktionssenkungen auffordert, um die Preise für Öl und Gas hochzutreiben, wenn Putin der Ukraine oder Polen mit Lieferstopp droht, dann werden die westlichen Energiekonzerne schnell unsichtbar und übergeben an die europäischen Regierungen. Doch was sollen die in den stets wiederkehrenden Konflikten machen, wenn sie im Gegensatz zu Ahmadineschad und Chávez weder über Gas noch über Pipelines verfügen?

Die westlichen Regierungen haben viel Macht aus der Hand gegeben. Aber eines steht ihnen dennoch frei: Sie können die EU–Kommission und das Kartellamt dabei unterstützen, die Macht der Privatmonopole auf dem

Die Zeit – Wirtschaft : Machiavelli für Gas und Öl

europäischen Energiemarkt zu begrenzen, also auch Produktion und Netze zu trennen. Der beste Weg aus der Gasfalle führt jedoch über die Abstinenz. Je weniger Gas ein Land braucht, desto besser für seine Bürger.

DIE ZEIT, 03.01.2008 Nr. 02

02/2008